

5 Punkte für Kommunen

1 Parteiübergreifend herrscht Einigkeit über die Wichtigkeit funktionierender Städte, Gemeinden
2 und Kreise. In allen parlamentarischen Debatten wird die Bedeutung der Kommunen als die
3 staatliche Ebene betont, die die Menschen am unmittelbarsten erleben. Vor Ort, in den Städten,
4 Gemeinden und Kreisen wurden die Krisen und Herausforderungen der letzten Zeit konkret
5 bewältigt. Das Interesse an der Funktionsfähigkeit der lokalen Demokratie eint über Partei- und
6 Fraktionsgrenzen hinweg. Alle staatlichen Ebenen sind dazu aufgerufen, gemeinsam dafür Sorge
7 zu tragen, dass die kommunale Ebene wieder handlungsfähig wird. Nur so kann es gelingen, in
8 einer gemeinsamen Kraftanstrengung wichtige Impulse für Aufschwung, Verbesserung der
9 Lebenssituation und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu setzen. Dafür braucht
10 es einen Deutschlandpakt für unsere Kommunen, in dem Bund, Land und Kommunen gemeinsam
11 dauerhaft tragfähige Lösungen vereinbaren und in dessen Rahmen jede Ebene ihrer
12 Verantwortung nachkommen muss.

13 Der Landesvorstand der SPD Nordrhein-Westfalen sowie die SGK Nordrhein-Westfalen schlagen
14 folgende fünf Punkte als Bestandteile einer übergreifenden Initiative von Bund und Ländern vor,
15 in die sich insbesondere auch das Land NRW aktiv im Interesse unserer Kommunen in NRW
16 einbringen muss:

- 17 1. Für NRW muss der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände am Landesanteil an der
18 Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer sowie an vier Siebteln
19 der Landeseinnahmen aus der Grunderwerbsteuer (Verbundsatz) von derzeit 23 Prozent
20 auf zunächst 24 Prozent sowie nach Evaluation und Konsolidierung von
21 Landesförderprogrammen auf 25 Prozent angehoben werden.
22
- 23 2. Die Landesregierung muss umgehend ein Nothilfeprogramm auf den Weg bringen, um
24 eine Vielzahl von Kommunen vor der Haushaltssicherung bzw. Nothaushalten zu
25 bewahren. Anstelle der auslaufenden Isolierungsmöglichkeiten nach dem NKF-CUIG muss
26 die Landesregierung den Kommunen finanzielle Mittel zur Bewältigung der aktuellen
27 Sonderlasten zur Verfügung stellen. Damit einher geht die Weiterentwicklung des
28 Stärkungspaktes Stadtfinanzen, um besonders von strukturellen Herausforderungen
29 betroffene Kommunen bei der Haushaltskonsolidierung zu unterstützen.
30
- 31 3. Die Landesregierung muss zeitnah in Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden
32 und den demokratischen Fraktionen für eine konsensuale Landeslösung der
33 Altschuldenproblematik eintreten. Statt unpraktikabler Vorschläge und weiterer

34 Verzögerung, braucht es hier endlich ernsthafte und konsensfähige Lösungen im Interesse
35 der Kommunen unseres Landes. Es kann nicht sein, dass Nordrhein-Westfalen als das
36 Bundesland, das am stärksten von der Altschuldenlast betroffen ist, zugleich das einzige
37 der betroffenen Bundesländer ist, das noch keine eigene Altschuldenlösung zu Wege
38 gebracht hat. Die Bereitschaft der Bundesregierung zu einer Beteiligung des Bundes im
39 Rahmen einer fairen Altschulden-Lösung besteht unverändert. Es ist die Verantwortung
40 der NRW-Landesregierung diese Chance nicht durch fahrlässiges Unterlassen verstreichen
41 zu lassen.

42

43 4. Zur Bewältigung der bestehenden und künftigen Herausforderungen müssen Kommunen
44 in die Lage versetzt werden, in die Zukunft vor Ort sowie in die Erhaltung der lokalen
45 Infrastruktur investieren zu können. Neben der Altschulden-Lösung sowie einer über die
46 bisherigen Angebote hinausgehenden verstärkten Unterstützung des Bundes für die
47 Bewältigung der akuten Flucht- und Migrationsherausforderungen sind dafür auch
48 längerfristig vereinbarte Unterstützungs- und Finanzierungsleistungen sowohl des Bundes
49 und der Länder im Sinne eines Deutschlandpaktes Kommunen erforderlich. Schwerpunkte
50 hierbei sollen der Bildungsbereich, die Schienen-, Verkehrs- sowie
51 Versorgungsinfrastruktur, der Städtebau sowie Maßnahmen im Bereich der
52 Wärmeplanung und der Steigerung von Energieeffizienz sein.

53

54 5. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller staatlicher Ebenen gilt es, die
55 Kommunalverwaltungen zu entlasten. Dafür fordern wir den Abbau bürokratischer
56 Überregulierung, einen deutlich vereinfachten Zugang und einfache Administration
57 bundes- sowie landesrechtlicher Programme und Fördermaßnahmen sowie die
58 Digitalisierung und Vereinheitlichung von Verwaltungsverfahren.